

SÄCHSISCHER LANDTAG

1. Wahlperiode — 63. Sitzung (Sondersitzung)

Montag, den 10. Oktober 1949

Beginn der Sitzung: 15⁵⁷ Uhr

Anwesende Minister:

Herr Minister Johannes Dieckmann
Herr Minister Walther Gäbler
Herr Minister Hellmuth Holtzhauer
Herr Minister Dr. Georg Knabe
Herr Minister Gerhard Rohner
Herr Minister Dr. Dr. Reinhard Uhle
Herr Minister Arthur Hofmann
Herr Minister Gerhart Ziller

1. Stellungnahme zur Bildung der Deutschen Demokratischen Republik

in Verbindung damit

Erklärung der Blockparteien des Sächsischen Landtages zur Bildung der provisorischen deutschen demokratischen Regierung.

(Drucksache Nr. 1228)

Wortmeldungen:

1. Landtagspräsident Otto Buchwitz S. 1459
zur Verlesung der Erklärung
2. Vizepräsident Prof. D. Hickmann (CDU) S. 1460
3. Vizepräsident Dr. R. Liebler (LDP) ... S. 1461
4. Ernst Lohagen (SED) S. 1462
5. Landtagspräsident Otto Buchwitz S. 1465

Beschluß:

Die vorgeschlagene Erklärung wird gemäß Drucksache Nr. 1228 einstimmig angenommen.

2. Wahl der Abgeordneten für die Provisorische Länderkammer.

Beschluß:

Die eingereichten Vorschläge:

Otto Buchwitz
Fritz Buchwald
Olga Körner
Luise Bäuml
Arthur Schliebs
Max Weitz (Landrat von Hoyerswerda)
Dr. Dr. Reinhard Uhle
Elfriede Dierlamm
Dr. Hans Müller-Bernhardt
Gerhard Rohner
Dr. Hellmuth Köster

werden einstimmig angenommen.

3. Beratung eines Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Wahlperiode des Landtages, der Kreistage und der Gemeindevertretungen.

(Drucksache Nr. 1227)

Beschluß:

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Beratung gemäß Drucksache Nr. 1227 einstimmig angenommen.

Bekanntgabe der neuen Sitzungstermine.

Ende der Sitzung: 17¹⁹ Uhr

Präsident Buchwitz:

Die Sitzung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Das Präsidium hat Sie heute noch einmal zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufen. Ich glaube, die Veranlassung zu dieser Sitzung ist ein sehr bedeutender Akt. Es wird die bedeutendste Sitzung sein, die seit Bestehen des Hohen Hauses stattfinden wird. Wir haben alle die Ereignisse verfolgt, die sich sowohl im Westen Deutschlands abgespielt haben, als auch jene Ereignisse, die sich als Antwort darauf in Berlin abgespielt haben. Ich möchte Ihnen kurz zur Kenntnis geben, welcher Auftrag sich daraus für unsere Tagung ergeben hat. Sie haben Kenntnis genommen, daß die Verfassung des Deutschen Volksrates, an der, so möchte ich sagen, das gesamte Volk mitgearbeitet hat, inzwischen in Kraft gesetzt wurde. Auf Grund der Verfassung hat sich die Provisorische Volkskammer gebildet und die Länderkammer soll nunmehr auch gebildet werden.

Ich habe ein Schreiben vom Herrn Präsidenten der Provisorischen Volkskammer erhalten, welches folgenden Wortlaut hat. — Es handelt sich um ein Schreiben unseres Herrn Ministers Dieckmann:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat sich heute konstituiert und die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft gesetzt. Ich übersende Ihnen mit diesem Schreiben 500 Stück der ersten Nummer des Gesetzblattes der Deutschen Demokratischen Republik und bitte Sie, dieses Gesetzblatt unverzüglich den Abgeordneten Ihres Landtages zu übermitteln.“

Das ist geschehen. Der Präsident der Provisorischen Volkskammer hat mir ferner ein anderes Schreiben zugesandt, welches besagt:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat heute beschlossen, die konstituierende Sitzung der Provisorischen Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik auf Dienstag, den 11. Oktober 1949, 12 Uhr, nach Berlin W 8, Mauerstraße 42/45, Steinsaal, einzuberufen. Weiter ist für Dienstag, den 11. Oktober 1949, 16 Uhr, die gemeinsame Tagung der Provisorischen Volkskammer und der Provisorischen Länderkammer zur Wahl und Vereidigung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik einberufen.“

Meine Damen und Herren!

Auf Grund dieser Anweisungen des Herrn Präsidenten der Volkskammer ergab sich die heutige Sitzung, in welcher wir Stellung nehmen zu dem Geschehen in Berlin. Ich habe Ihnen eine Tagesordnung zugestellt, welche folgenden Inhalt hat:

1. Gemeinsamer Entschließungsantrag der Blockparteien zur Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik.
2. Wahl der Abgeordneten für die Länderkammer.
3. Gesetz über die Verlängerung der Wahlperiode des Landtages, der Kreistage und der Gemeindevertretungen.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben. Ich stelle die Genehmigung der Tagesordnung fest.